Anzeigentarif.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Photographische **Apparate**
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Bodenbach i. B.
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

C. Heinrich Barthel
Neueste Putz- und Modewaarenhaus Modelle
Eigene Filzhutfabrik
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Mit **Rückgratsverkrümmung** Behafteten halte meine nach den Grundsätzen der Wissenschaft construirten Supporter-Corsets empfohlen.
Carl Wendschuch, Bandagist und Königl. Hoflief., **Struvestr. 11.**

Nr. 326. Spiegel: Finanzdebatte im Landtag. Hofnachrichten, Landtagsverhandl., Diöcesanversammlung, Landwirthschaftliche Ausstellung, Miethbewohner-Verein, Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßliche Witterung: Kalt, feucht. | **Mittwoch, 24. November 1897.**

Politisches.

Bei einem finanziellen Exposé die Reichhaltigkeit des Stoffes in eine so knappe, gewandte Form der Darstellung zu pressen, daß das Interesse der Hörer keinen Augenblick erlahmt, ist ein schwieriges Kunststück, das Se. Excellenz der Herr Finanzminister v. Watzdorf bei der gestrigen Etatsdebatte mit anerkennenswerther Meisterschaft vollendet hat. Der Herr Minister gelangte bezüglich der 4jährigen Finanzperiode 1894—97 zu der sehr erfreulichen Feststellung, daß insgesammt ein Ueberschuß von rund 26 Millionen Mark als wahrscheinliches Rechnungsergebniß zu erwarten sei. An dieser Summe nimmt die Finanzperiode 1894/95 mit 11 Millionen Theil, die insbesondere auf das Konto des großen wirthschaftlichen Aufschwungs von 1895 zu setzen sind. Die Schätzungen für 1896/97 werden durch zwei Umstände erschwert: einmal durch die fortdauernd unsichere Gestaltung des finanziellen Verhältnisses zum Reich und zum Andern durch den noch immer nicht ganz zuverlässig übersehbaren Umfang des durch die Wasserkatastrophen angerichteten Schadens.

Es ist in hohem Grade beachtenswerth, daß immer und immer wieder bei der Etatsdebatte der Mangel einer organischen Reichsfinanzreform mit stets stärker fühlbarem Nachdruck in die Erscheinung tritt. Die Unzulänglichkeit des augenblicklichen Zustands führte der Herr Minister in sehr anschaulicher Weise vor Augen. Er meinte, wenn schon eine Sicherheit für das Vorhandensein von Ueberschüssen über die Matrikularbeiträge nicht gegeben sei, daß man dann doch wenigstens erwarten sollte, die thatsächlich sich ergebenden Ueberschüsse würden auch voll an die Bundesstaaten zur Auszahlung gelangen. Indeß weit gefehlt! Ein Reichsgesetz aus dem Jahre 1896 reservirt die Hälfte der Ueberschüsse zur Schuldentilgung im Reiche. Im März des laufenden Jahres erging dann ein neues Gesetz, das abermals einen veränderten verwickelten Vertheilungsmodus einführte. So ist durchaus keine Gewähr vorhanden, daß nicht plötzlich im Reiche ein weiteres Projekt geschmiedet wird, auf Grund dessen die Einzelstaaten sich eine noch größere Schmälerung ihres Antheils an den Ueberschüssen gefallen lassen müssen. Ob man im Reichstag nicht endlich einmal für die das Reichsinteresse direkt berührende Bedeutung dieser fortwährenden finanziellen Nothrufe der Einzelstaaten Verständniß gewinnen wird?

Im Verhältniß zu den Etats 1894/95 und 1896/97 mit ihrem Gesammtüberschuß von 26 Millionen Mark (von welcher Summe allerdings die zu bewilligenden Entschädigungen für die Wasserkatastrophen abzuziehen sein werden) bietet der Etat 1898/99 kein ganz so hervorragendes Bild. Die Balancirung konnte nur ermöglicht werden durch Einstellung verschiedener sogenannter unproduktiver Bauten in den außerordentlichen Etat und durch nicht höhere Einstellung der Tilgungsquote für die Staatsschulden als im laufenden Staatshaushalt (1,07 Prozent). Zu diesem Ergebniß trägt wesentlich eine vielfach durch die Umstände gebotene vorsichtigere Einstellung bei. Dies bezieht sich namentlich auf die Eisenbahnen, deren 1894/95 und 1896/97 je 7½ Millionen betragender Ueberschuß für 1898/99 mit Rücksicht auf die beantragten Gehaltserhöhungen und Personalvermehrungen wesentlich niedriger beziffert werden mußte. Bei Gelegenheit der Erörterung des Eisenbahnetats wandte sich der Herr Minister scharf gegen diejenigen Elemente, die um jeden Preis Unzufriedenheit zu erregen trachteten und mit diesem Streben auch leider bereits den Erfolg erzielt hätten, daß ein Theil der Eisenbahnbeamten mit Forderungen hervortrete, die schlechterdings unerfüllbar seien.

Einigermaßen schwierig gestaltete sich die Position des Herrn Ministers, als er eine Lanze für den außerordentlichen Etat zu brechen begann. Die Ankündigung, daß seit 1876/77 kein außerordentlicher Etat von solcher Höhe — er überschreitet dieses Mal 100 Millionen! — zur Entscheidung des Hauses gestellt worden sei, klang nicht wie Sphärenmusik den Abgeordneten in die Ohren. Gegenüber dieser an sich bedauerlichen Thatsache sei es ein Trost für die Regierung, daß sie ihre Rechtfertigung in dem Bewußtsein finde, zwischen nebelhaften Projekten und einem Zuviel nach der entgegengesetzten Seite die nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung richtige Mitte inne gehalten zu haben. Im Anschluß hieran verließ der Herr Minister das Feld der rein ziffermäßigen Sachlichkeit, indem er sich zum Schlusse mit einem warmen rhetorischen Appell an die Opferfreudigkeit der Abgeordneten zu Gunsten der nationalen und kulturellen Zwecke des Staates wandte, deren Ermöglichung durch Bewilligung der erforderlichen Mittel im Großen und Ganzen, bei allen Ausstellungen im Einzelnen, doch immer Befriedigung und Genugthuung bei allen Patrioten hervorrufen müsse.

Der erste Redner der Konservativen, Herr Hofrath Dr. Mehnert, zog frisch vom Leder und ging scharf in's Zeug. Herr Dr. Mehnert umgrenzte die Mensur, die er mit der Regierung ausfocht, durch den Kreis „Landwirthschaft und Mittelstand" und erklärte, daß seine politischen Freunde gerade im Interesse der schwer bedrückten Steuerzahler aus den Mittelschichten sich verpflichtet fühlten, eine scharfe Prüfung der beantragten Ausgaben vorzunehmen und das von der Regierung überreichte Zahlenbouquet kritisch zu zerpflücken. Insbesondere tadelte der konservative Redner den viel zu kostspieligen Charakter der staatlichen Bauten. Der Staat baue entschieden ganz erheblich theurer als Private. Bei der Erörterung des Eisenbahnetats nahm sich der Redner in sehr energischer Weise der überbürdeten Eisenbahnbeamten und zwar vornehmlich der Lokomotivführer an, bemängelte weiter die Verzögerung der Personentarifreform und sprach sich entschieden für die Aufhebung der 1. Klasse im Lokalverkehr aus. Als Neuerung auf finanziellem Gebiet brachte Herr Dr. Mehnert die Gründung eines „Ausgleichsfonds" nach Art des seiner Zeit von dem preußischen Finanzminister Herrn Dr. Miquel geplanten in Vorschlag, der in Zeiten schwerer wirthschaftlicher Noth als allgemeiner finanzieller Regulator zu dienen habe. Des Weiteren wünschte der konservative Redner größere Zu- und Abschreibungen beim Domänenfonds von der Zustimmung der Volksvertretung abhängig gemacht zu wissen und — zuletzt, nicht am wenigsten — erwarb er sich auch noch ein antibureaukratisches Verdienst, indem er dem monströsen Worte „Staatshaushaltsetat" das durch lange widerrechtliche Uebung erworbene Bürgerrecht in unserer parlamentarischen Sprache ausdrücklich aberkannte.

Namens der nationalliberalen Fraktion warnte Herr Vicepräsident Georgi vor zu weitgehendem Optimismus in der Auffassung der wirthschaftlichen Lage. Im Uebrigen waren auch seine Ausführungen auf den Grundton der Klagen gestimmt, die der Vorredner über die kostspielige Bauart des Staates erhoben hatte. Der Redner exemplifizirte von dem unmotivirt hohen Schornstein des Bades Elster bis herab zu den theueren Amtshauptmannschaften und kleinen Amtsgerichten und konstatirte auf diesem Gebiete eine „merkwürdige Uebereinstimmung" mit Herrn Dr. Mehnert.

Nachdem hierauf als Vertreter des Fortschritts der Abg. Uhlmann-Stollberg Kelle und Winkelmaß zur Hand genommen und als Sachverständiger die baulichen Gesichtspunkte mit humoristischer Architektonik versehen hatte, ging ein Seufzer der Beklemmung durch das Haus, als der Vorsitzende die trostlose Kunde gab: „Der Herr Abg. Goldstein hat das Wort!" Der genannte Vertreter der Sozialdemokratie schien einen sehr empfindlichen Tag zu haben. Wenigstens beklagte er sich verschiedene Male über mangelnde Aufmerksamkeit des Hauses und attackirte sogar einmal den Vorsitzenden, weil er ihn angeblich nicht gegen Zwischenrufe geschützt habe. Sonst beschränkte sich der „sachliche" Inhalt der Rede im Wesentlichen auf folgende Punkte: Herr Goldstein verdonnerte den „Militarismus" zu Wasser und zu Lande (auch die Flotte mußte dieses Mal herhalten) zum xten Mal zum Tode, warnte vor einer Ueberschätzung der finanzwirthschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnen, befürwortete in Uebereinstimmung mit Herrn Dr. Mehnert — eine „merkwürdige Uebereinstimmung"! — die Abschaffung der 1. Klasse und gab schließlich seiner Anschauung über die philosophische Lehre von der Identität der Gegensätze dadurch Ausdruck, daß er die Begriffe „zufrieden und dumm" für gleichbedeutend erklärte, worauf ihm der Vorsitzende bemerklich machte, daß er dann jedenfalls anzunehmen scheine, die gesammte Kammer bestände aus Unzufriedenen.

Nachdem auch Herr Goldstein in einer menschlichen Anwandlung früher als gewöhnlich sein Sprüchlein zu Ende gebracht hatte und somit alle Parteien zum Wort gekommen waren, wurde die Fortführung der Debatte auf heute vertagt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. November.

* **Wien.** Der Budget-Ausschuß nahm einstimmig eine Resolution an, wonach der Budget-Ausschuß den Grafen Goluchowski beglückwünscht zu seiner erfolgreichen, stets auf die Erhaltung und Befestigung des Friedens abzielenden Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und demselben volles Vertrauen entgegenbringt.

Berlin. In der gestrigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums standen dem Vernehmen nach die vom Staatssekretär v. Podbielski in Aussicht genommenen Reformen der Postverwaltung zur Berathung. — Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt in einem hochoffiziösen Artikel den Verdächtigungen entgegen, als habe die Regierung absolutistische Hintergedanken, wolle das Budgetrecht des Reichstags angreifen und habe es planmäßig auf einen Konflikt abgesehen. Der Artikel schließt: Ist es wirklich im Ernste nothwendig, einem solchen Treiben entgegenzutreten, das freilich auf die Erfahrung bauend, daß von den abgeschmacktesten Verleumdungen etwas hängen zu bleiben pflegt, mit offenkundig halt- und grundlosen Verdächtigungen sich an Regierung, einzelne Minister und die höchsten Persönlichkeiten heranwagt und die öffentliche Meinung zu erschrecken und irre zu führen sucht? Wo und wann ist denn, so muß sich auch der Einfältigste fragen, auch nur das geringste Anzeichen oder auch eine irgendwie beglaubigte Kundgebung dafür zu Tage getreten, daß die Regierung darauf verzichten wolle, ihre Vorlagen auf verfassungsmäßigem Wege im Reichstage durchzusetzen, daß sie auch nur im Entferntesten daran gedacht habe, über die Rechte des Volkes und der Volksvertreter hinweg zu gehen, daß irgend ein Minister, irgend eine im Staate maßgebende Persönlichkeit den Absolutismus an die Stelle unseres Verfassungslebens setzen möchte? Damit aber ein für alle Mal jede Spur solcher radikaler Verdächtigungen getilgt und damit jedem Ehrlichdenkenden auch der leiseste Zweifel benommen werde, sei mit allem Nachdruck betont, daß alle der Regierung unterschobenen absolutistischen Hintergedanken lediglich Truggebilde des Radikalismus und alle maßgebenden Faktoren im preußischen Staat und im Reiche nach wie vor einig darin sind, die Rechte der Volksvertretung und die Verfassung hochzuhalten. — In einer Polemik gegen die „Freis. Ztg." weist die „Nordd. Allg. Ztg." auf die englische Naval Defence Act von 1889 hin. Das englische Parlament habe keinerlei Bedenken getragen, die für 70 Schiffe, welche in 5 Jahren gebaut werden sollten, erforderliche Summe von 430 Millionen Mark auf einmal voll zur Verfügung zu stellen, ohne eine weitere Mitwirkung zu beanspruchen, als die nachträgliche Vorlage der Abrechnungen und der Kontrakte mit den Privatfirmen. Die „Nordd. Allg. Ztg." fügt hinzu: Nach uns gewordenen Informationen wird die Marinevorlage in keiner Weise so weit gehen wie die Naval Defence Act, vielmehr die dauernde Mitwirkung des Reichstags bei dem Retablissement der Flotte in ungleich hohem Maße sichern. Auch soll die Technik nicht in der Weise festgelegt werden, wie es die englischen Marine-Autoritäten und das englische Parlament unbedenklich geglaubt haben, thun zu dürfen; man versichert uns vielmehr, daß der Entwickelung der Technik durch die Marinevorlage vollständig freier Spielraum gelassen wird.

Berlin. Von juristischer Seite wird in der „Nat.-Ztg." hinsichtlich der strittigen Frage des obersten Militärgerichtshofs vorgeschlagen, überhaupt kein besonderes oberstes Militärgericht zu errichten, vielmehr bei dem Reichsgerichte, dessen gegenwärtiger Präsident früher ja auch Generalauditeur der preußischen Armee war, ein oder mehrere Militärstrafsenate, aus den Tüchtigsten der deutschen Militärjuristen ausgewählt, zu schaffen. So schlage man drei Fliegen mit einer Klappe: man sichere die Unabhängigkeit der Militärrechtsprechung, man erziele eine einheitliche Rechtsprechung für ganz Deutschland und man überwinde das sogenannte bayerische Reservatrecht. — Prinz Heinrich wird, wie verlautet, das Kommando der 2. Division erhalten, die für Ostasien gebildet wird. — An Stelle der „Kaiserin Augusta", die bereits nach Ostasien unterwegs ist, geht der Kreuzer 4. Klasse „Geier" nach Kreta. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht amtlich die Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen v. Bülow zum Bevollmächtigten des Bundesraths. — Hauptmann v. Volkmann, à la suite des Generalstabs und zweiter Adjutant des Chefs des Generalstabs der Armee, erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Königl. Sächsischen Albrechtsordens.

Bremen. Der Zustand des gestern im Duell durch die Brust geschossenen Sekondeleutnants v. Schönfeld vom 75. hanseatischen Regiment ist hoffnungslos.

Frankfurt a. d. Oder. Das hiesige Landgericht verurtheilte heute den Oberamtmann Dieckmann, der den Kammerherrn und Landesältesten v. Kessel des Betrugs und Amtsmißbrauchs beim Präsidium des Herrenhauses beschuldigt und beantragt hatte, die Wahl von Kessel als Mitglied des Herrenhauses zu beanstanden, wegen verleumderischer Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Haft beantragt.

Stendal. Der Nord-Expreßzug überfuhr bei Stendal an einem nicht geschlossenen Bahnübergange ein Fuhrwerk. Der Fuhrmann war sofort todt, 4 andere Personen wurden verletzt; beide Pferde wurden getödtet.

Heidelberg. Heute Vormittag stieß auf der Station Kirchheim ein Schnellzug auf einen Güterzug. Durch den Anprall wurden die Lokomotive und ein Wagen des Schnellzugs, sowie mehrere Wagen des Güterzuges zertrümmert. Ein Reisender erhielt eine erhebliche Verletzung, der Führer des Schnellzugs wurde leicht verwundet.

Wien. Wie in Abgeordnetenkreisen versichert wird, beginnen morgen im Plenum des Abgeordnetenhauses die Berathungen des Dipauli'schen Sprachenantrags und in einer Abendsitzung diejenigen des Ausgleichsprovisoriums. — Der Budgetausschuß der Reichsrathsdelegationen berieth den Etat des Ministeriums des Aeußern. Dr. Stransky hob hervor, seine Partei sei von dem freundschaftlichen Verhältniß zu Rußland sehr befriedigt; dasselbe habe bei den Wirren im Orient die erste Kraftprobe bestanden. Abg. Groß hält Beschlüsse der Delegation über die Aufhebung der gemeinsamen Lasten und der verfassungsmäßigen Festsetzung der Quoten für unzulässig, bedauert dann, daß die Metzeleien auf Kreta unter den Augen der österreichisch-ungarischen Truppen fortdauern konnten und fragt, wozu denn die österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe und Truppen dort blieben, wenn sie den Greuelthaten nicht wehrten. Der Dreibund sei für die Deutschen und Italiener Oesterreichs eine Herzenssache und verliere durch die neuerliche Annäherung Oesterreich-Ungarns an Rußland nichts an seiner Wirksamkeit, dagegen sei eine Rückwirkung der inneren Politik Oesterreichs auf den Dreibund zu besorgen. Redner fragt, ob seitens der Regierung eine Intervention in Berlin erfolgt sei, um das Sprechen österreichischer Abgeordneter im Alldeutschen Verbande zu verhindern. Der kontinentale Zusammenschluß zur Abwehr der überseeischen Konkurrenz sei zwar sehr wünschenswerth, aber wegen der Interessengegensätze der europäischen Staaten schwer zu verwirklichen. Scheicher bemängelt, daß sich das diplomatische Korps aus dem Adel rekrutire. Die Konsularvertretungen seien jüdisch angehaucht. Er bestreitet, daß sich das europäische Concert bewährt habe. Der Delegirte Kaiser protestirt gegen die Auszahlung der gemeinsamen Beitragsleistungen nach dem bisherigen Schlüssel. Er legt das größte Gewicht auf den Dreibund und das innige Verhältniß zu dem Deutschen Reich und sieht in der Annäherung an Rußland eine ersprießliche Sicherung des Friedens. Seine Partei erachte eine zoll- und handelspolitische Einigung mit dem Deutschen Reiche und dann eine weitere Ausgestaltung zu einem Mittel- oder Gesammt-Europäischen Wirthschaftsbunde für wünschenswerth, wobei besonders finanzwirthschaftliche Interessen zu berücksichtigen seien.

Prag. Die vom Major Arnold befehligte Truppenabtheilung der Royal Niger Company nahm am 17. d. M. nach lebhaftem Kampfe im Sturmangriff die Festung Kiffi, in welcher sich Prinz Arku, der aufständische Sohn des Königs von Jagara, festgesetzt hatte. Die Niederlage war eine vollkommene. Prinz Arku ist entflohen. Auf englischer Seite wurden 2 Mann getödtet und 12 verwundet.

Die heutige **Berliner Börse** verkehrte in zumeist schwacher Haltung. Außer der anhaltenden Geschäftsstille auf fast allen Gebieten, bei der wie bereits gestern für viele Werthe keine Anfangskurse festgesetzt werden konnten, waren es Meldungen aus London, die die Stimmung unter Druck hielten. Die Ultimoregulirung wurde heute lebhafter als an den Vortagen in Angriff genommen, der Geldstand ist ziemlich steif. Im weiteren Verlauf der Börse wurde die Verstimmung noch größer, da sich große Abgabelust zeigte. Gegen Schluß des offiziellen Verkehrs trat auf Deckungen wieder eine leichte Erholung ein, doch blieben die Notirungen immer noch unter gestrigem Schluß. Bankaktien schwach und wenig im Verkehr. Kommanditantheile, Deutsche Bank und Dresdner Bank ungefähr behauptet. Am Markt für Eisenbahnaktien ging es sehr ruhig zu, die meisten Werthe stellten sich niedriger. In Montanaktien waren die Umsätze belanglos, Kurse nachgebend, namentlich Harpener auf ungünstige Ausweise angeboten. Renten nach wie vor still, Mexikaner behauptet, Italiener auf Paris erholt. Heimische Fonds nachgebend. Privatdiskont 4¼ Prozent. Ultimogeld ca. 4⅞ Proz. — Ein offizieller Verkehr in Getreide und Mühlenfabrikaten fand nicht statt. Loco-**Spiritus** ging heute auf große Hamburger Käufe sprungweise in die Höhe. 70er 37,5 oder 1 Mark höher, 50er 57,10 oder 1,1 Mark höher. Am **Frühmarkt** war die Haltung für Getreide auf größere Käufe seitens der Provinz fest, am Mittagsverkehr trat jedoch auf Realisationen im Lieferungsgeschäft eine Abschwächung ein; auch verlautet, daß größere Erwerbungen ausländischen Getreides für den hiesigen Platz stattgefunden hätten.

Wasche mit Grosser's Waschstein!
Stück 10 Pf.
Ueberall zu haben!
F. R. Grosser, Dresden.